

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 28 (1948-1949)
Heft: 11

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 21.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zur Lage

Eines der wichtigsten Ereignisse der Berichtsperiode ist die am 28. Dezember des letzten Jahres erfolgte Publikation des

Londoner Ruhrstatuts,

welche von einem ausführlichen Schlußcommuniqué der sechs beteiligten Mächte — Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich und die drei Benelux-Länder — begleitet wurde. Es handelt sich bei diesen beiden Dokumenten ohne Zweifel um sehr wohlerrungene und in eingehenden Beratungen erzielte Formulierungen mit deutlichem Fernziel, denn die Beschlüsse sind geeignet, nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Stellung Westdeutschlands, bzw. Deutschlands, für die Zukunft weitgehend festzulegen. Nach den Ausführungen des Communiqués sind die Beschlüsse des Ruhrstatuts zur Erfüllung eines dreifachen Zweckes bestimmt:

«die Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands sicherzustellen, die Gesundung der Länder Europas, einschließlich eines demokratischen Deutschlands, zu fördern und eine enge Verbindung ihres wirtschaftlichen Lebens herzustellen».

Nach Lage der Dinge, wie sie sich heute darbietet, ist die Formulierung «demokratisches Deutschland» vorerst ohne Zweifel auf Westdeutschland allein zu beziehen, indes die Möglichkeit einer Erweiterung zum Gesamtbegriff ausdrücklich vorbehalten, also offen bleibt.

Für den Inhalt des Statuts ist besonders charakteristisch die Organisation des «Military Security Board», also des «Militärischen Sicherheitsausschusses», ohne Zweifel eines politischen Organs, welches, kurz zusammengefaßt, der Verhinderung eines künftigen Angriffskrieges zu dienen hat. Dieser Ausschuß, dessen Kompetenzen im einzelnen noch nicht festgelegt sind, ist inzwischen bereits gebildet worden. Die Bedeutung dieser Institution kann nicht wohl übersehen werden.

Die übrigen Bestimmungen wirtschaftlicher Natur greifen ohne Zweifel tief in den Produktionsprozeß der Ruhrindustrie ein. Es wären darunter zu erwähnen die Begrenzung der Erzeugung von Rohstahl, die Aufteilung der Produktion von Ruhrkoks und Ruhrstahl zwischen dem deutschen Verbrauch und dem Export,

«um Ländern, die nach einem gemeinsamen Wirtschaftsplan arbeiten, angemessenen Zutritt zur Belieferung mit diesen Produkten zu verschaffen, und gleichzeitig den wesentlichen Bedarf Deutschlands zu berücksichtigen».

Unter den weiteren Bestimmungen ist zu erwähnen die Überwachung der Geschäftsführung und Direktion der Ruhrkohle-, -koks- und -stahlindustrie, ferner die Verhinderung übermäßiger Konzentration, wobei weiter formuliert wird:

«auch soll dadurch verhindert werden, daß Personen, welche die aggressiven Ziele der Nazis förderten, Eigentumsrechte oder Stellungen in der Direktion und Geschäftsführung dieser Industrien erwerben».

Eine künftige deutsche, bzw. westdeutsche Regierung kann dem Abkommen beitreten und gelangt damit in den Genuß des Stimmrechtes, das aber so geregelt wird, daß die überwiegende Mehrheit der Stimmen den sechs Mächten des Ruhrstatuts gesichert bleibt.

Es ist begreiflich, daß die Formulierungen dieses Statuts in Deutschland einiges Aufsehen erregt und verschiedene Widerstände geweckt haben. Andererseits dürfte wohl in weiten Teilen der übrigen Welt ein Zweifel über die Notwendigkeit solcher Bestimmungen kaum bestehen, nach den Erfahrungen, die diese übrige Welt hinter sich hat. Auch ist es nicht von ungefähr, daß dieses Statut erlassen wurde in einem Moment, wo aus verschiedenen Berichten übereinstimmend von einem neuen

Erwachen nationalistischer Tendenzen in Deutschland

gemeldet wird. Besonders eingehend und mit sehr eindrücklichen Formulierungen hat auch der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Clay, in seinem letzten Monatsrapport auf diese Dinge hingewiesen:

«Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß nationalistische Gruppen, die seit dem Sturz des Nationalsozialismus aus dem politischen Leben verdrängt waren, sich wieder zu regen beginnen. Wenn sie auch jetzt noch klein sind, so erinnern sich demokratische deutsche Persönlichkeiten doch mit Unbehagen daran, daß bis zum Jahre 1929 auch der Nationalsozialismus als politische Bewegung vernachlässigt werden konnte».

Der General verweist in diesem Zusammenhang u. a. auf das Wiedererwachen der Bewegung «Schwarze Front», die nun als «Liga für die Wiedergeburt Deutschlands» firmiert, während Otto Straßer selbst, wie man lesen konnte, geneigt ist, bei nächster Gelegenheit die Rückkehr aus Canada nach Deutschland anzutreten, — ein Vorhaben, das bis heute dadurch verhindert worden ist, daß die Besetzungsmächte ihm übereinstimmend das Visum verweigert haben.

Man wird solche Symptome, sowie ganz allgemein die Neubildung nationalistischer Elemente in Deutschland, deswegen im Auge behalten, weil Tatbestände dieser Art unter Umständen geeignet sein können, die kommende politische Entwicklung in einem Maße zu beeinflussen, das sich heute kaum noch übersehen läßt. Noch sind ja, wie man weiß, trotz der Blockade Berlins und trotz all' den Geschehnissen und Unzuträglichkeiten, die damit im Zusammenhang stehen, die Brücken zwischen West und Ost nicht endgültig abgebrochen, — eine Tatsache, auf welche unlängst noch im Zusammenhang mit gewissen überspitzten Forderungen politischer Kreise West-Berlins im Anschluß an die Wahlen vom 5. Dezember 1948 von verschiedenen Seiten, so auch von britischen Stellen, hingewiesen worden ist. Es sind weder bezüglich Deutschlands noch bezüglich Berlins alle Fragen entschieden.

Der Rücktritt Staatssekretär Marshalls

und seine Ersetzung durch Dean G. Acheson ist als weiteres kennzeichnendes Geschehnis unserer Berichtsperiode anzusehen. Wenn einerseits heute schon festzu-

stehen scheint, daß die Weiterführung des großen Planes, der mit dem Namen des scheidenden Staatssekretärs verbunden ist, gesichert bleibt, so wird andererseits in verschiedenen Kreisen von der Möglichkeit einer kommenden Auflockerung der amerikanischen Politik in bezug auf die Regelung der Probleme zwischen West und Ost gesprochen. Man wird abzuwarten haben, inwieweit sich diese Prognosen beispielsweise bei den Verhandlungen bewahrheiten werden, die in Kürze über die Frage des Staatsvertrages für Österreich beginnen sollen. Gewisse Elemente sind geneigt, mit dieser veränderten Betrachtung des Hauptproblems der Weltpolitik auch jene Symptome in Zusammenhang zu bringen, die man in letzter Zeit unter dem Stichwort einer «Friedensoffensive der Kommunisten» in verschiedenen westlichen Ländern beobachten konnte.

In der

Palästinafrage

ist seit unserm letzten Bericht insoweit eine Wandlung eingetreten, als man von den Verhandlungen zwischen dem Emir von Transjordanien und Israel nichts mehr hört, dafür aber umso mehr von den Friedensverhandlungen auf der Insel Rhodos, welche sich vorerst zwischen Israel und Ägypten abspielen, indes die Waffenruhe einigermaßen gewahrt bleibt. Im Zusammenhang mit den letzten kriegerischen Ereignissen, welche der Räumung ägyptischen Bodens durch die jüdischen Truppen vorangingen, ist neuerdings infolge verschiedener Zwischenfälle die Position Englands bedeutend erschwert worden, eine Entwicklung, die diesmal auch die Stellung des britischen Außenministers im Innern zum ersten Mal wesentlich beeinträchtigen mußte. Es zeigt sich dabei im Grunde nur, wie außerordentlich schwierig die äußere Politik Englands heute zu führen ist, da sie sich nach wie vor unverrückbar als Fernziel die Wahrung weitgehender Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten und so die Sicherung einer selbständigen Stellung zwischen den beiden Weltmächten von West und Ost gesetzt hat.

Jann v. Sprecher

Londoner Brief

Die britische Volkswirtschaft

ist im Jahre 1948 ein gutes Stück vorwärts gekommen — das war das wichtigste Ergebnis der Übersicht, die der Schatzkanzler Mitte Januar vor einer Presse-Konferenz gab. Das schwerste und wichtigste Problem ist die Lücke zwischen Export und Import, d. h. der Betrag der Einfuhr, der nicht durch Ausfuhr gedeckt ist. In dieser Beziehung konnte Cripps einen gesunden Fortschritt beim Vergleich des zweiten mit dem ersten Halbjahr feststellen. Die Lücke ist von 251 auf 181 Millionen Pfund Sterling gesunken. Dasselbe Ergebnis glaubt er bei dem Vergleich mit dem letzten Friedensjahr 1938 herausrechnen zu können. Während die Ausfuhr des ersten Halbjahres 130 % der Ausfuhr von 1938 darstellt, stieg sie im zweiten Halbjahr auf 142 %. Das sind ermutigende Zahlen, und Cripps hielt sich für berechtigt, zu erklären, Großbritannien sei auf dem Wege zu dem Ziel, so viel zu produzieren, daß es seinen Verbrauch daraus decken könne. Was die englische Volkswirtschaft be-

sonders nötig braucht, ist der Absatz nach Ländern der «harten Währung», die der Schatzkanzler in der folgenden Reihenfolge aufführt: Vereinigte Staaten, Kanada, danach Argentinien, Belgien und die Schweiz. Für die beiden letztgenannten Länder war in den letzten Monaten ein Rückgang des Absatzes festzustellen. Im Einklang damit bezeichnete Sir Stafford als eine der beiden entscheidenden Aufgaben dieses Jahres die Steigerung der mit Dollar bezahlten Ausfuhr. Die andere Aufgabe ist die Steigerung der Produktivität, wobei von der Tatsache auszugehen ist, daß eine Vermehrung der Zahl der Arbeitskräfte nicht mehr zu erwarten steht. Unter diesen Umständen heißt Steigerung der Produktivität Steigerung der Arbeitsleistung des Einzelnen. Im Rahmen des europäischen Wiederherstellungsprogramms hat Großbritannien sich die Aufgabe gestellt, seine Produktivität jährlich um $2\frac{1}{2}$ % zu vermehren. Das Ziel hofft Cripps zu erreichen, aber er warnt davor, es für gesichert anzusehen.

Um dahin zu kommen, hält er es für notwendig, daß Kapital und Arbeit künftig Selbstbeschränkung üben. Er erwartet von der Industrie, daß sie auch in diesem Jahre freiwillig auf eine Erhöhung der Dividenden verzichte. Auf der anderen Seite hat er den Mut gehabt, den Arbeitern mit allem Nachdruck klarzumachen, daß Lohnerrhöhungen unter den gegebenen Umständen nur auf Kosten der Lebenshaltung der übrigen Bevölkerung, selbstverständlich auch aller anderen Lohnempfänger, zu erreichen sind. Das ist zwar durchaus keine neue Weisheit, aber es ist doch anzuerkennen, wenn ein Sozialist wie Cripps das sagt. Die Frage ist jetzt, welchen Einfluß diese Erkenntnis auf

die Haltung der Arbeiterschaft

ausüben wird. Es ist vielleicht kein übertriebener Optimismus, wenn man erwartet, daß die Führer der Gewerkschaften sie sich mehr und mehr zu eigen machen werden. Aber das bedeutet noch keineswegs, daß auch die Arbeiter in ihrer Masse danach handeln. Denn es ist eines der bedenklichsten Zeichen der neuesten Arbeiterbewegung, daß die Massen ihren Organisationen die Gefolgschaft versagen, wenn sie zur Mäßigung mahnen oder auch nur auf Einhaltung der von ihnen namens der Arbeiter abgeschlossenen Verträge bestehen. Gegen den Willen der Gewerkschaftsführer hat die Besatzung des Cunard-Dampfers «Queen Elizabeth» durch Streik die Ausfahrt verhindert, obwohl sie dadurch der englischen Volkswirtschaft einen nach Millionen von Dollars zu berechnenden Schaden zufügte. Wenn man sich vergegenwärtigt, wie viel Verkürzungen seiner Rechte sich jeder Bewohner dieser Insel im Interesse der Rettung der Währung unterwerfen muß, kann man sich nur wundern, daß allein das Recht, zu streiken, sich über all solche Interessen hinwegsetzen darf. Dann hielten die Gepäckträger eines Londoner Bahnhofs die Weihnachtszeit mit ihrem gesteigerten Verkehr für die günstigste Gelegenheit, um aus einem unerhört frivolen Anlaß einen Streik vom Zaun zu brechen; und die Gewerkschaftsführer rangen tagelang in Verzweiflung ihre Hände, weil ihre Mahnungen zur Vernunft ohne jedes Ergebnis blieben, bis die Eisenbahnverwaltung sich endlich dazu entschloß, den Streikenden mit Entlassung zu drohen. Einen etwas anderen Verlauf nahm der Streik der Londoner Omnibus-Führer und -Schaffner. Sie glaubten, der Neujahrstag sei besonders geeignet, um die Bevölkerung Londons am Nachmittag jeder Omnibusverbindung zu berauben, und kündigten die Fortsetzung für den nächsten Samstagnachmittag an. Aber, siehe da, an diesem Nachmittag liefen alle Busse fahrplanmäßig. Was war geschehen? Das London Transport Board hatte sich nicht gescheut, seinen Angestellten zu sagen, daß ihr Streik «ein flagranter und bewußter Bruch» ihrer vertraglich übernommenen Verpflichtungen sei und daß jeder Streikende zu gewärtigen habe, sich plötzlich auf der Straße zu sehen. Darauf beschlossen die Omnibus-Männer, den im Tarifvertrag vorgeschriebenen Weg der Verhandlung vor dem zuständigen Schiedsrichter zu beschreiten, auf den die Gewerkschaftsführer sie bis dahin vergeblich hingewiesen hatten.

Mit einiger Spannung wartet man auf den

Bericht des Belcher-Ausschusses,

der feststellen soll, wie weit der gegen gewisse Mitglieder der Regierung erhobene Vorwurf der Bestechung begründet ist. Die Verhandlungen dieses Ausschusses sind jedenfalls für die meisten Leute die interessanteste Lektüre gewesen, die ihnen die Zeitungen seit langem geboten haben. Es ist immer so verlockend, einen Blick hinter die Kulissen zu werfen, ob es sich nun um die des Theaters oder der politischen Bühne handelt. Bis der Bericht des Ausschusses vorliegt, enthalten die Zeitungen sich streng eines Kommentars, da die Sache «sub judice» ist. Das üble Hineinreden in schwebende Verfahren ist hier weder üblich noch zulässig. Dabei wird man kaum mit besonderen Überraschungen rechnen dürfen, da die passiv Hauptbeteiligten, der parlamentarische Sekretär des Board of Trade, Belcher, und ein provinzieller Direktor der Bank of England bereits selbst die Konsequenzen gezogen und ihre Ämter niedergelegt haben. Aber hoffentlich vergißt man über der persönlichen nicht die grundsätzliche Seite. Die Verhandlungen haben gezeigt, welch' schwerer psychologischen Belastung eine Beamtenschaft bis in ihre höchsten Spitzen ausgesetzt wird durch ein System, das sie tagtäglich zwingt, Entscheidungen, die häufig tief in die Existenz der Beteiligten eingreifen, nicht nach festen Rechtsgrundsätzen, sondern nach diskretionärem, pflichtmäßigem Ermessen zu treffen.

Die Palästina-Politik

der englischen Regierung findet im Ausland nicht viel Beifall, und auch im innern ist die Kritik recht lebhaft, und zwar bei der Regierungspartei nicht minder als bei der Opposition. Umso notwendiger ist es vielleicht, auch einmal das Verhalten der anderen Seite kritisch zu beleuchten. Ob es zweckmäßig und politisch richtig war, englische Flieger über den Kampfschauplatz zu senden, kann sehr fraglich sein. Aber darüber soll man nicht vergessen, daß die zionistischen Truppen die heikle Situation dadurch geschaffen haben, daß sie sich über die Anordnungen des Sicherheitsrates mit derselben Nonchalance hinweggesetzt haben, mit der Hitler sich über die Verurteilung der Rheinlandbesetzung durch den Völkerbund hinweggesetzt hat, und daß sie die Aufklärung durch die Organe des Völkerbundes gewaltsam verhindert haben. Gegenüber den heftigen Vorwürfen, mit denen die Freunde der Zionisten das angeblich «imperialistische» England überschütten, muß man feststellen, daß es reine Machtpolitik ist, was diese treiben. Wenn die Erfolge, die sie dabei erzielen, auch auf Unbeteiligte Eindruck machen, so bestätigt das nur die Erfahrung, die man in der Geschichte immer gemacht hat.

Wichtiger als diese — umstrittenen — Einzelheiten ist der Schaden, der durch die zionistische Frage den guten Beziehungen zwischen

Großbritannien und den Vereinigten Staaten

zugefügt werden kann. Es ist deshalb aufrichtig zu begrüßen, daß die Aufregung, die einige Tage lang herrschte, bald einer ruhigeren Beurteilung und dem Bestreben Platz machte, den Sinn für die Proportion nicht zu verlieren. Es steht wahrlich zu viel auf dem Spiel, das weiß man in London wie in Washington. Der Friede der Welt hängt von der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen den beiden angelsächsischen Völkern ab.

Kaum weniger wichtig ist die Zusammenarbeit und das Einverständnis zwischen

Großbritannien und Frankreich.

Sie ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Verteidigung des westlichen Europas und damit all' der menschlichen Werte, die hier ihren Ursprung und vorzugsweise

ihren Sitz haben. Darum kann man den Besuch, den der kluge und ruhige französische Außenminister Schumann bei seinem englischen Kollegen machte, nur mit Freuden begrüßen. Das amtliche Communiqué, das über ihre Besprechungen ausgegeben wurde, klang beruhigend, ohne überschwenglich zu sein. Allerdings pflegen Minister, die sich über die internationale Lage besprochen haben, fast immer der Öffentlichkeit zu versichern, daß sie eine weitgehende Übereinstimmung ihrer Ansichten festgestellt haben, aber es ist mehr als einmal vorgekommen, daß man es nach Tische sehr anders las. Indes hat man diesmal auch bei vorsichtiger Beurteilung das Gefühl, daß die amtliche Mitteilung nicht allzu sehr übertreibt. Besonders günstigen Eindruck macht Schumanns Bemerkung, beide Minister hätten im Lauf der Unterhaltung entdeckt, daß ihre Ansichten weit mehr harmonierten als sie vorher geglaubt hätten. Es liegt nahe, anzunehmen, daß er dabei besonders an das deutsche Problem gedacht hat. Darüber hat es noch vor wenigen Monaten sehr erhebliche Meinungsverschiedenheiten gegeben. Es liegt nun einmal in der Natur der Sache, daß die Franzosen, die von den Deutschen nur durch den Rhein getrennt sind, über die deutsche Gefahr anders denken als die Engländer, die durch den Kanal, und die Amerikaner, die durch einen Ozean von ihnen getrennt sind. Daß man diese anfänglichen Meinungsverschiedenheiten überwunden und sich zunächst in der Frage der Ruhr zu einer gemeinsamen Politik zusammengefunden hat, ist zweifellos ein großer Fortschritt.

Der König von Großbritannien wird sich in Zukunft nicht mehr «König von Großbritannien und Irland» nennen können; denn mit Ausnahme der nördlichen Grafschaften von Ulster hat

Irland

sich jetzt staatsrechtlich von Großbritannien getrennt. Wer die Geschichte des irischen Problems kennt, muß an die alte tiefsinnige Fabel von den sibyllinischen Büchern denken. So weit hätte es nicht zu kommen brauchen, wenn die Engländer vor zwei Generationen dem Rate Gladstones gefolgt wären und Irland Homerule gegeben hätten. Oder — parteigeschichtlich ausgedrückt —, wenn Joseph Chamberlain nicht seinem großen Führer in den Rücken gefallen wäre und die liberale Partei gesprengt hätte. Damals hat die irische Frage die Bevölkerung aufs tiefste erregt und nicht nur Parteien, sondern auch Familien zerstört. Heute — nimmt man die Trennung mit einer Ergebenheit in das Schicksal hin, die fast wie Gleichgültigkeit aussieht.

Ignotus

Brief aus Deutschland

Das Weihnachtsfest hat dem deutschen Volk Gelegenheit zu der Feststellung gegeben, daß im abgelaufenen Jahre Fortschritte gemacht worden sind. Es hat ein friedlicheres und ruhigeres Weihnachten erleben dürfen, als es ihm in den letzten fünf Jahren geschenkt war. Der Friede ist zwar weder formal noch tatsächlich in das Land eingezogen, aber in vielen Unterhaltungen kam doch immer wieder die Meinung zum Ausdruck: es ist besser geworden.

Die Arbeit der Abgeordneten des

Parlamentarischen Rates in Bonn

ist mit verschiedenen Hypotheken belastet. Auf der einen Seite stehen die Besatzungsmächte mit ihren Empfehlungen für das neue westdeutsche Verfassungswerk. Wenn auch anerkannt werden muß, daß sich diese von jedem Eingriff in die Bonner Arbeit

der deutschen Abgeordneten zurückhalten, die Tatsache bleibt bestehen, daß angesichts der Machtverhältnisse auch höfliche Empfehlungen eben Richtlinien sind, und sie die mögliche Handlungsfreiheit einengen. Die Arbeit der Bonner Abgeordneten wird auf der anderen Seite von keinerlei nationalem Impuls des Volkes getragen. Nicht nur, daß die Abgeordneten nicht direkt gewählt sind — sie wurden von den Länderparlamenten delegiert —, und dadurch jede wirkliche Beziehung mit den Wählern fehlt, — das Entscheidende ist, daß die Wähler, das Volk, nicht mit dem Herzen bei der Sache sind. Nationale Themen gibt es nach wie vor nur in negativer Hinsicht — Zurückhaltung von Kriegsgefangenen in Rußland und Demontagen in der britischen Zone sind schlimme und leider immer noch sehr aktuelle Beispiele hierfür —, in positivem Sinne gibt es sie noch nicht; vielleicht ist Berlin ein solches, die Verfassung ist es aber bestimmt nicht. In Gesprächen mit den Bonner Abgeordneten wird immer wieder offenbar, wie stark sie zwischen diesen Spannungen stehen und wie diese ihre Handlungen zu beeinflussen drohen. Hier liegt auch die eigentliche Ursache für den Streit zwischen den Parteien, der in den letzten Dezembertagen im Anschluß an eine Konferenz der führenden Parlamentarier mit den Militärgouverneuren ausbrach. Zweifellos hat der Führer der Christlich-Demokratischen Partei, Dr. Adenauer, in dieser Konferenz einen taktischen Fehler begangen. Dieser Fehler allein konnte aber niemals den Grund für die ungewöhnlich heftigen Auseinandersetzungen bilden, die dann folgten. Die stillen Tage zwischen den Jahren haben erfreulicherweise auf alle Seiten mehr beruhigend gewirkt und nach dem Wiederezusammentreten des Rats nach Neujahr hat man schnell eine neue Grundlage für die weitere Zusammenarbeit gefunden. Man ist jetzt in der zweiten Lesung des Hauptausschusses, und es ist anzunehmen, daß im Februar die endgültigen Beschlußfassungen im Plenum vonstatten gehen können.

Eine große Schwierigkeit bildet nach wie vor die föderalistische Struktur des neuen deutschen Bundesstaates. Diese Grundlinie hat ihren wesentlichen Ausgangspunkt in den Empfehlungen der Westmächte, Empfehlungen, die von allen Parteien angenommen worden sind. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß bei den in Deutschland vorhandenen politischen Strömungen zentralistische Gesichtspunkte einen stärkeren Anklang haben. Dieser Widerspruch muß nun bei den Beratungen über die einzelnen Punkte ausgetragen werden, und es ist kein Wunder, daß er sich am lebhaftesten bei der Regelung über das Finanzwesen manifestiert. Nach der in der ersten Lesung angenommenen Fassung liegt nicht nur die Finanzhoheit, sondern auch die Finanzverwaltung und die Verfügung über die wesentlichsten Steuerquellen beim Bund. Bei dieser Fassung kann von einem föderalistischen Aufbau der bundesstaatlichen Struktur wahrlich nicht gesprochen werden. Man wird sich bei den folgenden Lösungen bemühen, den Unterschied zwischen Theorie und Praxis in besserer Weise zu überwinden. Die Beratung über diesen Punkt wird daher mit besonderem Interesse zu verfolgen sein.

Bei der Veröffentlichung des

Ruhr-Statuts

kam so recht zum Ausdruck, wie mühselig und schwierig sich der notwendige Prozeß des europäischen Zusammenwachsens in den nächsten Jahren vollziehen wird. Tagelang war auf allen Seiten nur von «Enttäuschungen» die Rede. Zunächst deutsche Enttäuschungen über ein Paragraphenwerk, das durch Verkoppelung von Fragen des Wiederaufbaus mit denen der Sicherheit und denen der Reparationen Kontrollen über die deutsche Wirtschaft bis ins einzelne ermöglicht. Dann Enttäuschung auf seiten der Westmächte über diese deutsche Reaktion; war man doch der Überzeugung, gegenüber früheren Nachkriegsplänen, den berechtigten deutschen Wünschen bereits in weitem Ausmaß Rechnung getragen zu haben. Die beiderseitige

Stimmung faßte die «Times» in die Worte zusammen: «Frankreich zufrieden, Deutschland in Wut, — besser jedenfalls als umgekehrt». Nun, inzwischen ist der aufgeregten Atmosphäre der ersten Tage eine ruhigere Betrachtung der Dinge gefolgt. Alle deutschen Parteien haben in ihren grundlegenden Erklärungen, die vor dem Parlamentarischen Rat in Bonn abgegeben wurden, nicht nur die Bedenken zum Ausdruck gebracht, die von deutscher Seite geäußert werden müssen, sondern auch die positiven Seiten anerkannt, die das Vertragswerk durch seine europäischen Perspektiven in sich trägt. Diese deutsche Stellungnahmen wurden von ausländischen Beobachtern als durchaus vernünftig anerkannt. Als besonders erfreulich ist die Stimme der großen Pariser Zeitung «Le Monde» zu erwähnen, die den Vorschlag des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch die französischen, belgischen und luxemburgischen Industriegebiete unter internationale Kontrolle zu stellen, als erwägungswert bezeichnet. «Alles in allem würde sich also die Meinungsverschiedenheit mit Herrn Arnold auf die Frage des Zeitpunktes erstrecken», schreibt sie und meint, es würde nicht schwer sein, über diese Meinungsverschiedenheit hinwegzukommen, wenn jeder das nötige Verständnis aufbringt.

So scheint man auf den Weg des ruhigen und sachlichen Gesprächs zwischen

Frankreich und Deutschland

zu kommen, des Gesprächs, das den Kernpunkt aller Bemühungen um Europa bildet. Das deutsch-französische Verhältnis ist zwar durch die anscheinend unvermeidlichen Begleiterscheinungen einer Besatzungszeit, die beiderseitig erlitten wurde und wird, zusätzlich belastet. Trotz dieser Belastung gewinnt man mehr und mehr den Eindruck, daß der Wille zur ehrlichen und völligen Verständigung mit Frankreich in Deutschland immer mehr an Boden gewinnt. Die Chance des Ruhr-Statuts liegt für Deutschland nur in seinen europäischen Perspektiven. Ob diese Perspektiven zu einer Realität werden, hängt allein von der Handhabung des Statuts seitens aller Beteiligten ab, in Sonderheit seitens Frankreichs. Nur wenn Frankreich zufrieden ist, d. h. wenn es sich sicher fühlt, wird es bereit sein, das Statut im europäischen Sinne zu handhaben. In diesem Sinne wurde der Ansicht der «Times» in Unterhaltungen hiesiger politischer Kreise der Satz entgegengesetzt: «Beide, Deutschland und Frankreich, müssen zufrieden sein, nur dann ist das europäische Zusammenwachsen auf gutem Wege».

Konrad Mommsen

Brief aus Budapest

Man schreibt uns:

Wer öfters nach volksdemokratischen Ländern kommt, hat Gelegenheit, sich über die höchst verschiedene Art, wie man dort die Angleichung an das große Vorbild der Sowjetunion vornimmt, Gedanken zu machen. Wer auch Rußland kennt, muß sagen, daß die Lebensbedingungen natürlich überall in den russischen Satellitenstaaten besser sind als in der Sowjetunion. Und doch haben sich in den letzten Jahren auch innerhalb des Ostblocks beachtliche Veränderungen ergeben. Man braucht nur die Tschechoslowakei erwähnen, um ein Beispiel für den rapiden wirtschaftlichen Absturz zu kaum verborgener Not zu haben — wenn wir schon von der verlorrenen Freiheit abssehen.

In Ungarn aber gibt es keine Not. Wer Budapest nach den Jahren des Krieges wiedergesehen hat, war überrascht über den erstaunlich hohen Lebensstandard, der sich da deutlich zeigte. Allerdings darf man nicht vergessen, daß Ungarn ein Agrarland ist, das für seine landwirtschaftlichen Produkte im Auslande zahlreiche Abnehmer hatte. Das alles ist heute freilich vorbei und die «Kornkammer Ungarn» hat gerade genug, um sich selbst etwas zu bieten; ins westliche Ausland kann man leider kaum noch etwas liefern, da ja die Sowjetunion ein erstes Anrecht auf alle Dinge hat.

Die vollen Läden, die elegant gekleideten Frauen, die nie verstummenden Zigeunerkapellen und selbst die nächtlichen Lichtreklamen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Ungarn heute kein freies Land mehr ist. Argwöhnisch mustert schon der den Zöllner begleitende Zivilist die Einreisenden und man merkt aus verschiedenen Äußerungen, daß er genau über die wenigen Personen, die über die Leitha nach Osten wollen, orientiert ist. Aber auch der Schaffner weiß Bescheid. Verstohlen kommt er auf der Strecke nach Budapest in das Abteil und bittet um die ausländischen Zeitungen.

Seit der

Verhaftung des Kardinals Mindszenty,

der heute in Ungarn wie ein nationaler Märtyrer verehrt wird und dessen Person sogar von seiten der starken protestantischen Bevölkerung Verehrung gezollt wird, hütet man noch mehr seine Zunge — gerade Fremden gegenüber. Niemand war über den Schritt der Regierung überrascht, da diese ja monatelang alle möglichen Mittel angewandt hatte, um den furchtlosen Kardinal zum Schweigen zu bringen. Bei der lange andauernden und sich allmählich steigernden Kampagne wäre es dem Fürstprimas ein Leichtes gewesen, schließlich doch einen Kompromiß zu schließen, da er ja mit einem ähnlichen Schicksal rechnen mußte, wie es 1946 Erzbischof Stepinac von Agram beschieden war. Der ungarische Kirchenfürst (der übrigens deutscher Abstammung ist und bis 1942 den Namen Pehm führte) gab jedoch nicht nach und eingeweihte Persönlichkeiten aus der Umgebung Mindszenthys erklären, daß in ihm noch der Geist der ersten Christenzeit lebendig gewesen sei. Seinem Volk ein Beispiel, ging er im vollen Bewußtsein der Folgen in den Kampf mit einer mächtigen Gewalt, ein Kampf, in dem er zumindest physisch unterliegen mußte.

Umsomehr hat man sich in Budapest gewundert, daß ausgerechnet kurz nach der Verhaftung Mindszenthys einige katholische Bischöfe eine Einladung der Regierung zu Verhandlungen zwischen Staat und Kirche annahmen, obwohl sich auch der Vatikan eindeutig hinter den Kardinal gestellt hatte. Man darf gespannt sein, ob die Regierung vielleicht auch innerhalb der katholischen Kirche in Ungarn eine ähnliche Umstellung erzielen will, wie kürzlich bei der calvinischen und lutherischen Kirche.

Das Parlament

ist heute nur noch eine Abstimmungsmaschine. Seit den so vielversprechenden Sommerwahlen 1947 ist die Opposition durch die Annullierung der 30 Mann starken, rechtsgerichteten Unabhängigkeitspartei und die Säuberung innerhalb der anderen, nichtkommunistischen Parteien immer mehr zum Schweigen verurteilt worden. Erst vor kurzem wurden rund ein Dutzend Abgeordnete der Kleinlandwirtepartei ausgewechselt, während die letzte, 60 Mann starke, katholisch-demokratische Gruppe Barankovics vor der Selbstaflösung steht. Die halbkommunistische und der Regierungskoalition angehörende Bauernpartei blieb von der Säuberung nicht verschont und hat Ende des vorigen Jahres rund 10 000 ihrer 18 000 Mitglieder ausgeschlossen. Umsomehr nimmt es wunder, wenn sich noch Männer finden, die gegen den Strom

zu schwimmen wagen. Im Dezember z. B. konnte man im Parlament das ungewöhnliche Schauspiel erleben, daß der Abgeordnete der kleinen Christlichen Frauenpartei, Josef Groh, sogar den früheren Reichsverweser Horthy verteidigte und die Staatsführung kircheneindlicher Tendenzen beschuldigte. Ein Rufer in der Wüste allerdings, der hier auf keine Resonanz zu rechnen hat.

Eine der wenigen positiven und auch für den Westen anerkennenswerten Leistungen der heutigen ungarischen Regierung ist die

Regelung der Nationalitätenfrage,

die man (wohl nicht aus eigenem Antrieb, sondern um Rußland damit zu gefallen) in den letzten Monaten durchgeführt hat. Unterrichtsminister Ortutay, ein Mitglied der bürgerlichen Kleinlandwirtepartei, gab die schweren Fehler zu, die Ungarn bisher auf diesem Gebiet gemacht hat. Wenn man den amtlichen Ziffern trauen darf, gibt es heute 60 jugoslawische, 8 rumänische und 7 slowakische Volks- und Hauptschulen, während man in Fünfkirchen eine jugoslawische Lehrerbildungsanstalt, in Gyula ein rumänisches und in Bekescsaba ein slowakisches Gymnasium errichtet hat. Auch Lehrbücher wurden jetzt endlich fertiggestellt, nachdem man lange hat auf sie warten müssen.

Neben diesen 200 000 Angehörigen dreier Nachbarvölker gibt es allerdings auch noch eine deutsche Volksgruppe, die ebenfalls rund 200 000 Seelen zählen dürfte, der Rest der ausgewiesenen, seinerzeit über eine halbe Million zählenden Sprachgruppe. Für diese 200 000 wurde bisher noch nichts getan und die Regierung hat immer wieder gehofft, sie auf irgendeine Art und Weise los zu werden. Auch hinsichtlich der Volksdeutschen scheint sich aber auf Befehl Moskaus ein Wandel vorzubereiten, denn der allmächtige Mathias Rakosi hat erst kürzlich erklärt, daß die Zeit gekommen sei, nunmehr auch die Schwabenfrage zu regeln.

Ungarn wird (nach Rumänien) der zweite Staat sein, der eine solche Geste den deutschen Volkssplittern im Südosten gegenüber tut. Die Frage ist naheliegend, ob sich aus dieser Haltung auch für Polen und die Tschechoslowakei bestimmte Konsequenzen ergeben werden. So unwahrscheinlich dies heute noch scheint, so darf man annehmen, daß in einigen Jahren auch in diesen beiden Staaten eine radikale Wendung in der Nationalitätenfrage vollzogen werden wird.

Militärische Umschau

Über das Ziel hinaus!

Unter den Geschäften der Dezembersession der Bundesversammlung ist die Revision des *Militärversicherungsgesetzes* im ganzen Lande herum aus folgenden Gründen großem Interesse begegnet: in einer Volksarmee ist das ganze Volk am wirtschaftlichen Schutze der Wehrmänner bei Krankheit und Unfall interessiert; der bisherige Schutz des erkrankten oder verunfallten Wehrmannes war ungenügend; das Schicksal der Vorlage im Laufe der vorangehenden Kommissionsberatungen und schließlich vor dem Plenum des Nationalrates selbst war auffallend.

Der Entwurf des Bundesrates vom 22. September 1947 stieß von Anfang an auf wenig Verständnis, weil er gegenüber dem bisherigen Gesetz nur ungenügende Verbesserungen in Aussicht nahm. Die vorberatende Kommission des Nationalrates sah sich daher veranlaßt, verschiedene Verbesserungen anzubringen. In sorgfältiger

Arbeit gelang es ihr, einen Antrag auszuarbeiten, der nicht allen extremen Wünschen entsprach, aber wohlabgewogen ist, dem Militärpatienten angemessene Leistungen in Aussicht stellt und eine erfreuliche soziale Aufgeschlossenheit erkennen läßt. Die organisierten Militärpatienten waren freilich auch mit dieser Verbesserung der Vorlage nicht zufrieden und erhoben weitergehende Begehren. Der Nationalrat hat diese mit seinen Beschlüssen übertrumpft und Versicherungsleistungen in Aussicht genommen, die selbst den Verdienst des gesunden und arbeitsfähigen Wehrmannes übersteigen. Bei gänzlicher Erwerbsunfähigkeit soll ein Krankengeld von 90 % ausgerichtet werden, zu dem sich noch Familien- und Kinderzulagen gesellen, bis die Gesamtleistungen 95 % des Verdienstes betragen. Da die Leistungen der Militärversicherung steuerfrei sind, würden dieselben größer sein als der Verdienst des gesunden Wehrmannes nach erfolgtem Steuerabzug.

Der Nationalrat schoß mit seinen Ansätzen weit über das Ziel hinaus. Eine treffende Umschreibung besagt, es sei Aufgabe der Militärversicherung, die im Militärdienst erkrankten oder verunfallten Soldaten wieder dem bürgerlichen Leben und seiner beruflichen Tätigkeit zurückzugeben. Dazu gehört nicht nur die Heilung an sich, sondern auch ein möglichst rascher Heilungserfolg. In vielen Fällen beeinflussen die Leistungen einer Krankenversicherung den zeitlichen Ablauf eines Heilungsprozesses ungünstig; um so stärker, je größer die Versicherungsleistungen sind. Diese Wechselwirkung von Versicherungsleistung und Heilungsdauer ist in der Regel dem Patienten selbst nicht bewußt. Sie ist auch bei Patienten festzustellen, denen jede Absicht einer Ausnützung fernliegt. Wir sprechen also nicht von jenen Schmarotzern, die so gut wie anderswo auch unter den Militärpatienten zu finden sind, sondern nur von den anständigen Patienten, denen jede bewußte Erstreckung der Heilungsdauer fernliegt. Aber die Gewißheit der guten Versicherung hemmt und lähmt irgendwie, oft ganz unbewußt, den Heilungswillen, so daß sich der Körper für die Heilung mehr Zeit läßt, als wenn drohende Not den Heilungswillen anspornt und eine kürzere Heilungsdauer erzwingt. Jeder Arzt kann diese Tatsachen aus seinem eigenen Erfahrungsbereich bestätigen, jede Krankenversicherung muß ihnen Rechnung tragen. Dem Patienten wird ein schlechter Dienst erwiesen, wenn ihm jegliche Last abgenommen und der Versicherung überbunden wird. Die zweckmäßigste Lösung liegt dann vor, wenn eine vernünftige Teilung der Lasten erfolgt, so daß auch der Patient einen seinen Verhältnissen entsprechenden Anteil mitträgt. Diesen psychologischen Tatsachen hat der Nationalrat mit seinen Beschlüssen keine Rechnung getragen. Im Falle ihrer Verwirklichung würden sie die Heilungsdauer der Militärpatienten im allgemeinen verlängern. Dies widerspricht dem Ziel der Militärversicherung.

Wohl wird es immer Fälle geben, in denen eine zweckmäßige Teilung der Lasten nicht erfolgen kann, weil dem Patienten auch der bescheidenste Anteil am wirtschaftlichen Schaden seiner Krankheit nicht zugemutet werden darf. In solchen Fällen trat bisher die *Schweizerische Nationalspende* neben die Militärversicherung, mit der vornehmen Aufgabe, dort einzuspringen und zu helfen, wo die begrenzten Leistungen der Militärversicherung nicht ausreichen, um Not zu verhindern. In den letzten Jahren konnte die Zusammenarbeit der beiden Institutionen zum Wohle vieler bedürftiger Patienten immer ersprißlicher gestaltet werden. Der Nationalspende ist es auch möglich, frei von gesetzlichen Schranken und Bindungen, ihre Leistungen den verschiedenartigsten Verhältnissen und Bedürfnissen besser anzupassen. Auch erfolgt ihre Hilfe nicht in bürokratischer Unpersönlichkeit, sondern in persönlichem Kontakt mit den Patienten, ist somit weniger papieren, menschlicher als Krankengeld oder Militärversicherungsrente. Der Patient hat keinen Rechtsanspruch auf die Hilfe der Nationalspende, deren Mittel zur Hauptsache aus privater Gebehrlichkeit stammen. Aber gerade in diesem ganz anders gearteten Verhältnis zur Nationalspende liegt ein großer Vorteil, den wir nicht missen möchten. Der Gedanke der Solidarität mit den Opfern des Militärdienstes oder des Krieges kommt in

der Nationalspende ganz anders zum Ausdruck als im gesetzlich normierten Rechtsanspruch an die Militärversicherung. Es wäre daher bedauerlich, durch eine ungesunde Übertreibung des Versicherungsgedankens die Schweizerische Nationalspende von der Betreuung von Militärpatienten weitgehend auszuschließen. Vor allem wären die Militärpatienten die Leidtragenden, wenn die Hilfe des Herzens durch die Bestimmungen trockener Paragraphen verdrängt würde¹⁾.

Neben der militärpsychologischen ist auch die finanzielle Seite des Fragenkomplexes bedeutungsvoll. Schon die Anträge der nationalrätlichen Kommission würden jährlich Mehrleistungen des Bundes von 4 bis 5 Millionen Franken erfordern, ein Betrag, der durch die Beschlüsse des Nationalrates wesentlich erhöht würde. Die Großzügigkeit des Nationalrates in der Steigerung der Versicherungsleistung nimmt sich seltsam aus in einem Zeitpunkt, in dem die Sanierung des Bundeshaushaltes und die Abtragung der Mobilisationsschuld dem Parlament als dringendste Aufgabe gestellt und noch ungelöst ist.

Welches sind die Ursachen der nationalrätlichen Spendefreudigkeit? Da muß zunächst festgestellt werden, daß sie eine natürliche Reaktion gegen das bisherige Ungenügen der Militärversicherung bildet, besonders aber gegen die bürokratische und vielfach unnötig verletzende Handhabung des Gesetzes durch die Verwaltungsorgane der Militärversicherung. Was sich im Laufe von nahezu fünf Jahrzehnten an Groll und Erbitterung über die Praxis der Militärversicherung angesammelt, hat sich im vergangenen Dezember Luft geschafft und bewirkt, daß im Nationalrat das Pendel allzu kräftig auf die andere Seite ausgeschlagen hat. Sodann ist eine Besserstellung der Militärpatienten augenblicklich sehr populär, und der Nationalrat wollte daher das Odium, unpopulär und unsozial zu sein, nicht auf sich nehmen. Vor allem aber konnte man feststellen, daß seine Haltung durch die Oppositionsstellung gegenüber dem Chef des E.M.D. beeinflusst war, der die Vorlage des Bundesrates zu vertreten hatte. Bundesrat Kobelt brauchte nur einen Antrag abzulehnen, um sicher zu sein, daß der Rat zustimmte. «On a voté contre Kobelt», konnte man in den Vorzimmern hören (NZZ. 2727, 1948). Der Chef des E.M.D. ist seit Jahren ein Angriffsobjekt der Sozialdemokraten, in deren Presse bei jedem militärischen Zwischenfall «das Departement Kobelt zur Diskussion steht». Die Sozialdemokratie sieht bereits den zweiten Bundesrat aus ihrer Partei an der Spitze des Militärdepartementes und hält ja auch den Anwärter bereit. Neben dieser parteitaktisch bedingten Haltung der Sozialdemokratie zeigte sich im Rat wie in der Presse eine starke welsche Opposition. Sie mag zum Teil durch den bundesrätlichen Entwurf für die künftige Stellung des Generals bedingt sein, zum andern Teil ein taktisches Manöver bilden, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von Bundesrat Rubattel etwas abzulenken.

Es sind also nicht nur Regungen der Menschenfreundlichkeit für die armen Militärpatienten und soziales Verständnis, die den Nationalrat zu seinen extremen Beschlüssen veranlaßt haben, sondern Momente der Parteitaktik und der regionalen Empfindlichkeit. Unser Zweikammersystem gibt dem Ständerat Gelegenheit, zwischen den extremen Pendelausschlägen der bisherigen bürokratischen Engherzigkeit und der nationalrätlichen Großzügigkeit eine sachliche Mittellösung zu finden.

Miles

¹⁾ Die Schweizerische Nationalspende für unsere Soldaten und ihre Familien hat 1947 an direkten Unterstützungen die Summe von 844 057 Franken ausgerichtet. Für die Jahre 1939 bis 1947 belaufen sich die Aufwendungen für die direkte Wehrmannsfürsorge auf 13,5 Millionen Franken. Siehe Bericht der Schweizerischen Nationalspende über das Jahr 1947, Seite 39 und 56.